

DIESE GRÜNEN!



STARTSCHUSS FÜR DIE NORDBAHNTRASSE

■ RADELN, LAUFEN UND SKATEN MIT GÄNSEHAUTGEFÜHL



Am 5. Juni, dem Tag der Umwelt, fiel der Startschuss zur Nutzung der Nordbahntrasse als Rad- und Wanderweg. Mit einem großen Fest am Bahnhof Loh wurde der erste Streckenabschnitt eingeweiht.

Die Aktiven der Wuppertalbewegung, Oberbürgermeister, Verkehrsminister und viele, viele Wuppertalerinnen und Wuppertaler freuten sich, ihre Trasse endlich, wenn auch erst einmal nur ein kleines Stück, in Besitz zu nehmen. Das große bürgerschaftliche Engagement, das hier an den Tag gelegt wird, trägt erste Früchte.

Begeisterung herrschte bei allen, die sich per Roller, Skatern, Rad oder zu Fuß über die Trasse zwischen Loh und Ostersbaum bewegten, durchaus eine Premiere, die Gänsehaut verursacht. Die Umsetzung des Umbaus der gesamten Nordbahntrasse wird jetzt ungeduldig erwartet. Doch so fröhlich und gut gelaunt die Eröffnung des ersten Teilstückes gefeiert wurde, so problematisch gestaltet sich die Lösung des Konflikts zwischen Tunnelnutzung und Naturschutz. Eine durchgän-

gige, ganzjährige Nutzung der Trasse und ihrer Tunnel kann nur im Einklang mit dem Bundesnaturschutzgesetz umgesetzt werden. Fledermäuse haben sich die Tunnel der Nordbahn als Tages- und Winterquartier ausgesucht, eigentlich eine erfreuliche Tatsache, sind doch die nachtaktiven Fledertiere vom Aussterben bedroht und stehen daher auch nach Europäischem

Recht unter strengem Schutz. Die Tunnel sind ein geeigneter Lebensraum, andere Quartiere wie Hohlräume in Bäumen oder Dachböden stehen im Stadtgebiet nur noch selten zur Verfügung. Die Frage ist nun, wie es möglich ist, die Trasse als Rad- und Wanderweg zu nutzen, ohne den Fledermausschutz zu vernachlässigen. Die teils heftige und unsachliche Diskussion ist keine



FRÜHSTÜCK IN DER CITY-KIRCHE -

■ GESUND, LECKER UND INFORMATIV

„Biologisch, bergisch, köstlich“ - so lautete das Motto für das Frühstück in der City-Kirche Elberfeld.

Dazu hatte die GRÜNE Ratsfraktion gemeinsam mit der BUND-Kreisgruppe Wuppertal sowie der evangelischen und katholischen Kirche eingeladen. Etwa 30 bis 40 Gäste stärkten sich am Büffet, das sich aus Produkten der

Biohöfe im Windrather Tal und dem Angebot eines Wuppertaler Bioladens zusammensetzte. Letzterer bot auch eine Auswahl seiner Waren zum Kauf an. Fair gehandelten Kaffee, Tee und andere Getränke gab es vom Café der City-Kirche, das von der GESA betrieben wird. Die MitarbeiterInnen des Cafés haben die Veranstaltung auch darüber hinaus tatkräftig unterstützt -

dafür an dieser Stelle noch mal einen herzlichen Dank! Abgerundet wurde das Angebot durch eine Ausstellung der Verbraucherzentrale zum Thema „klimafreundlich Essen“. Gestärkt konnten die Gäste dann in der Kirche zunächst der Predigt von Pastor Sören Asmus lauschen, der dazu aufrief, dass der Mensch die Natur nachhaltig gebrauchen und nicht verbrauchen solle. Im

gute Basis, um Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Statt polemisch Trassennutzung und Naturschutz unverzüglich gegeneinander zu stellen, ist Kompromissbereitschaft gefragt. Am Beispiel des Tunnels Schee in Nächstebreck wäre es konstruktiv, zu erreichen, eine von den zwei vorhandenen Tunnelröhren für eine ganzjährige Nutzung als Rad- und Wanderweg herzurichten, die andere als Lebensraum für die Fledermäuse zu bewahren. Gleichzeitig könnte das Fledermausvorkommen beobachtet werden, um wichtige Informationen für zukünftige Vorhaben zu sammeln. Damit könnte die Nordbahntrasse auch in dieser Hinsicht zu einem überregionalen Pilotprojekt werden. Das Projekt Nordbahntrasse hat eine überaus herausragende und überregionale Bedeutung für Wuppertal, verbunden mit einem großen ökologischen und touristischen Wert. Es wird zu einer Verbesserung der Radwege-Infrastruktur führen, die viele Wuppertalerinnen und Wuppertaler dazu bewegen wird, ihr Fahrrad aus dem Keller zu holen und in die Pedale zu treten, sei es in der Freizeit oder zur Arbeit und Schule. Für den älteren oder in seiner Mobilität eingeschränkten Personenkreis mit Rollstuhl oder Kinderwagen wird die Trasse eine Bereicherung sein. Ebenso wird der Fahrradhandel von einer verstärkten Nachfrage nach Fahrrädern oder Elektro-Bikes in unserer Stadt profitieren. Langfristig wird der Radverkehr zunehmen, positiv für Gesundheit und Klima.

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN appelliert an alle Beteiligten, an die Wuppertalbewegung genauso wie an die Umweltverbände und die Stadtverwaltung, eine Lösung zu finden, die den Menschen unter Beachtung des Naturschutzrechtes die Trassennutzung ermöglicht. Wer weiß, ob Wuppertal nicht noch das Zeug für eine Fahrradstadt entwickelt?



GUTEN TAG!

Liebe Leserinnen und Leser,

es ist besonders schön, noch kurz vor den Sommerferien gute Nachrichten zu verkünden, denn auch dank des hervorragenden Wuppertaler Wahlergebnisses von über 14 % wurde schwarz-gelb auf Landesebene abgewählt, wir freuen uns auf die rot-grüne Landesregierung. Damit rückt die Chance einer sechsten Gesamtschule wieder in realistische Nähe, die von der schwarz-gelben Landesregierung abgelehnt wurde, obwohl es einen eindeutigen Ratsbeschluss gibt.

Nothauskommunen wie Wuppertal können jetzt auch auf Unterstützung vom Land setzen. Das ist auch dringend nötig, denn unser Schuldenberg schmilzt trotz allen kommunalen Einschnitten nicht, sondern wächst und wächst immer weiter. Deshalb brauchen wir dringend von Bund und Land Hilfe aus dieser „Vergeblichkeitsfalle“.

Wir wünschen Ihnen einen sagenhaften Sommer! Bitte denken Sie bei Ihren Urlaubsplanungen daran, dass sich auch die Natur mal erholen muss... Viel Spaß!

Ihr Redaktionsteam

grün^W
Keiner wie wir.

AUS DEM INHALT

Seite 2
Hintergrund: Pro Mirke als Naturheilbad

Seite 3
Unhaltbare Zustände im Rehsiepen

Seite 4
Ganztagsangebot ausbauen

Seite 5
Good Bye, Fuhlrott-Museum

HINTERGRUNDBERICHT: PRO MIRKE ALS NATURHEILBAD

■ ZUKUNFT FÜR DAS FREIBAD MIRKE: NOSTALGIE- UND SPORTBAD MIT NATURBADTECHNIK

Heiner Mokoß, Förderverein
Pro Mirke e. V.

Die Mirker Schwimm- und Badeanstalt wurde 1851 von W. Teschemacher am nördlichen Stadtrand Elberfelds erbaut. Das Bad ist heute eines der noch ältesten betriebenen Freibäder Deutschlands. 2011 wird das Traditionsbad 160 Jahre alt. Ausgehend vom Freibad Mirke entwickelte sich eine stetig wachsende Schwimmbewegung, in deren Folge auch der Bau von Schwimmoper und Heinz-Hoffmann-Leistungszentrum stattfand.

Nicht nur das, Teschemacher ist nachweislich einer der ersten Erbauer eines Naturfreibades. Nach Internetrecherche wird die Naturbadtechnik als Erfindung der letzten 20 Jahre beschrieben, wobei die Abkehr von der Chlorung des Wassers unter Einsatz eines biologischen Bodenfilters das Hauptmerkmal der „neuen“ Ökotechnik ist. Der Elberfelder Teschemacher baute aber bereits 1851 in der Mirke eine Schwimm- und Badeanstalt, in der aus einem Sammel- und Erwärmungsteich vorgeklärtes und vorgewärmtes Wasser des Vogelsangbaches dem



Schwimmteich nach Belieben zugeführt werden konnte. In 2011 soll das Bad aus Kostengründen für immer geschlossen werden.

Naturerlebnisbäder werden heute als eine innovative Möglichkeit zum Erhalt von Freibädern wiederentdeckt. Etli-

che Naturerlebnisbäder sind bereits, z. T. durch Fördervereine betrieben, entstanden. Die Mirker Badeanstalt kann in besonderer Weise nachhaltig und lebendig vor der Haustür Elberfelds als Bürgerbad entwickelt werden.

Der Förderverein Pro Mirke e.V. hat

das Projekt „Renaturierung und Modernisierung des Freibades Mirke zum beheizten Nostalgie- und Sportbad Mirke mit Naturbadtechnik“ ins Leben gerufen, damit dieses einzigartige historische Bad nicht verloren geht. Gelingt die Umsetzung durch ein soli-

darisches und tatkräftiges Miteinander, werden nicht nur wichtige kommunale Sparziele erfüllt, sondern Bürger/innen des heutigen Wuppertals setzen fort, was bereits vor vielen Generationen begann: Schaffung von Bewegungsraum für Gesundheit und Sport sowie für die Begegnung und Erholung von Jung und Alt!

Aktuell arbeiten Förderverein und weitere Fachleute an einer Machbarkeitsstudie, die zeigen soll, wie konsequent ökologisch und klimaunschädlich das Bad künftig wirtschaftlich und attraktiv betrieben werden kann. Die Umsetzung als Bürgerbad erfordert aber auch aktive Bürger/innen, deren Vitalität und Spendenbereitschaft ein Bad von und für Bürger/innen möglich macht! Sind Sie dabei?

Weitere Infos: www.pro-mirke.de



BERGISCHE WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG NIMMT FAHRT AUF

Zeichen der Zeit
in Wuppertal verpasst

Energieeffizienzcluster – wissen Sie noch? Dieser Zungenbrecher war das Synonym für eine überzeugende Projektidee, die im Kommunalwahlkampf 2009 eine wesentliche Rolle spielte. GRÜNE hatten schon seit 2007 gefordert, im Rahmen des Strukturwandels Projekte der Energieeffizienz, der alternativen Energiegewinnung und des Energiesparens in einem Gründerzentrum und später in einem Gewerbepark zusammen zu bringen und als Cluster auszubauen.

Die Chancen für Wuppertal standen zu diesem Zeitpunkt auch nicht schlecht. Die Landesregierung lobte im Rahmen der sogenannten EU-Ziel 2-Förderung passende Wettbewerbe

aus. Diese Förderung besonders strukturschwacher Regionen, die bis dato ausschließlich in das Ruhrgebiet ging, kann jetzt aber mit vereinten Anstrengungen aller Parteien auch das Bergische Land entwickeln.

Die Universität orientiert sich zunehmend bergisch und als Ideenschmiede einer neuen Ökonomie. Die bergischen Großstädte gründen gemeinsam die Bergische Entwicklungsagentur.

Das Wuppertal-Institut und die Energieagentur stehen als Paten für ein entsprechendes Projekt bereit. Diverse Projektpartner bis in die vorhandene Wirtschaft sind bereit mitzumachen. Die IHK und das heimische Handwerk geben grünes Licht. Nur der Oberbürgermeister und seine Wirtschaftsförderung sehen rot.

Und jetzt?

Jahre später scheint es endlich soweit zu sein: Die Bergische Entwicklungsagentur hat unter Beweis gestellt, dass sie durchaus in der Lage ist, erhebliche Mittel im Rahmen der EU-Förderung entweder selbst oder im Zusammenspiel mit bergischen Unternehmern zu akquirieren und entwickelt sich zunehmend zur gemeinsamen Wirtschaftsförderung. Themen wie „Elektromobilität“, Kreativwirtschaft o.ä. hat sie – fast ohne öffentliche Wahrnehmung, mindestens aber ohne Wahrnehmung der bergischen Stadtentwickler und Wirtschaftsförderer – auf den Weg gebracht. Auch stehen die Kooperationspartner von einst noch zur Verfügung und das Land hat die entsprechenden Wettbewerbe wie-

der ausgelobt. Aber eine entsprechend konkretisierte Projektidee ist von Seiten der Stadtspitze immer noch nicht vorgetragen worden, obwohl sie dazu mehr als ein Jahr Zeit gehabt hätte.

Und schlimmer noch: Die im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss kürzlich vorgetragenen Projekte der Bergischen Entwicklungsgesellschaft waren der Politik und Stadtspitze sogar derart unbekannt, dass man davon ausgehen muss, dass eine innerstädtische Projektsteuerung in Wuppertal und eine strategische Planung der Strukturfördermittel, die immerhin seit 2007 und noch bis 2013 zur Verfügung stehen, nicht stattfindet. Und zwischenzeitlich haben andere Kommunen längst erkannt, dass das Thema Energieeffizienz eine

Thema für die Zukunft ist und nachhaltige Arbeitsplätze schafft.

Was nun?

Es ist nur zu hoffen, dass sich die Große Rathauskooperation mit ihrem Oberbürgermeister eines besseren belehrt und ihr Heil nicht in der Bebauung weiterer Grünflächen sucht, sondern den Strukturwandel aktiv gestaltet. Und dazu gehört eine strategische Planung von Fördermitteln und eine abgestimmte bergische Wirtschaftsförderung, die auch bereit ist, neue Themen anzupacken. Die Bergische Entwicklungsagentur hat dies unter Beweis gestellt, die bergischen Unternehmer auch – auf den Oberbürgermeister und die große Rathauskoalition warten wir noch.

KAISERMEILE BEGRÜßEN

■ BAUPLANUNG KRITISCH UND KONSTRUKTIV BEGLEITEN

Mit einer gewissen Skepsis und Zurückhaltung ist den Plänen des in Wuppertal nicht unumstrittenen Investors Clees in Vohwinkel zu begegnen: Vom Lienhardtplatz bis zur ehemaligen Eissporthalle möchte er die Kaiser-Meile, ein gigantisches Einkaufszentrum mit Mall und attraktivem Stadtplatz, entwickeln.

Erste Ideenskizzen sind der Bezirksvertretung Vohwinkel und dem Stadtentwicklungsausschuss vorgelegt worden; beide Gremien begrüßten die Initiative grundsätzlich, stellen aber auch Anforderungen und verbinden mit den Plänen ganz konkrete Hoffnungen.

Und schon zu Beginn des Verfahrens wird zur öffentlich wirksamen Durchsetzung privater Interessen mit den üblichen Erpressungsversuchen gearbeitet, die dem ganzen Projekt von Anbeginn an einen faden Beigeschmack geben.

Zur Sache

Es geht um rund 26 000 Quadratmeter Fläche. Es geht um neue Büros und Geschäftsräume, um Wohnungen, Parkplätze und einen großen Supermarkt im ehemaligen Eislauferzentrum. Mit mehr als 3400 Quadratmetern Verkaufsfläche würde der vom Investor favorisierte Kaufland-Supermarkt zwar ein deutliches Überangebot an Nahrungsmitteln im Stadtteil bedeuten, doch dient er der Kaiser-Meile als Magnet, auch für weitere Geschäfte – so zumindest die Planung.

Bis heute verfügt der Investor aber weder über alle in Frage kommenden Flächen, noch ist er im Gegensatz zum ausdrücklich erklärten Wunsch der Bezirksvertretung bereit, seine Baumaßnahmen etappenweise am Lienhardtplatz beginnen zu lassen, um diesen seit Jahren in der öffentlichen Diskussion befindlichen Stadtplatz endlich als solchen attraktiv zu sichern.



Offene Fragen

Problematischer für die Gesamtplanung aber werden zwei Fragen sein: Wie sollen die mit der neuen Einkaufsmeile verbundenen Verkehre insbesondere auf der Kaiserstraße so gelenkt

werden, dass ein Verkehrschaos, das schon heute besteht, nicht zur Dauer-einrichtung wird? Und wie wird sicherzustellen sein, dass der bereits in der Planung vom regionalen Einzelhandelskonzept abweichende, weil über-

dimensionierte neue Einzelhandel nicht an anderer Stelle in Vohwinkel gewachsene Strukturen und alteingesessene Händler verdrängt?

Bündnis 90/DIE GRÜNEN stehen der geplanten Umgestaltung brachliegender Flächen in Vohwinkel positiv gegenüber. Besonders freut es uns, dass nun die Umgestaltung des Lienhardtplatzes im Rahmen eines privaten Invests zum Greifen nahe ist.

Deshalb begrüßen wir zwar die Planungen für die Kaiser-Meile auch eines Investors Clees, wir werden das Gesamtprojekt allerdings kritisch begleiten und bei der Umsetzung auf eine plausible Beantwortung der wesentlichen Fragestellungen (Verkehr, Einzelhandel) acht geben. Denn ein Investor Clees ist in Wuppertal nicht allein wegen des Parteispandensandals umstritten, sondern auch wegen seiner nicht überzeugenden, aber vergleichbaren Projekte, etwa dem Wickülerpark.

GLEICHSTELLUNGSSTELLE FEIERT IHR 25JÄHRIGES BESTEHEN

■ IMMER NOCH ZICKIG

In Wuppertal leben 349.713 Einwohnerinnen und Einwohner. Mehr als die Hälfte davon (180.700) sind Frauen. Das ist es dann aber auch schon, was den Wuppertalerinnen zu mehr als 50% zugestanden wird. Dass sich das ändert, daran arbeitet die Gleichstellungsstelle für Frau und Mann seit 25 Jahren. Und das recht erfolgreich, denn es hat sich viel verändert in Wuppertal. Mit diversen Konzepten und Maßnahmen, durch Vernetzung und Kooperation arbeitet die Gleichstellungsstelle daran, Frauen und Männern den gleichen Zugang und die gleiche Teilhabe am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben in Wuppertal zu ermöglichen. Im Mai bot sich die Gelegenheit, diese Arbeit entsprechend zu würdigen und zu feiern. Vom 2.-4. Mai tagten mehr als 300 Gleichstellungs-



zickig[®]
Keiner wie wir.

Wir beraten, initiieren & begleiten Projekte, entwickeln Konzepte & Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen und Männern.

... weil wir gerne gegen (Vor)Urteile arbeiten.

Gleichstellungsstelle für Frau & Mann • Rathaus • Johannes-Rau-Platz 1 • 42275 Wuppertal • Tel. 02 02 - 563 54 05 • gleichstellungsstelle@stadt.wuppertal.de

Quelle: Stadt Wuppertal

beauftragte aus dem gesamten Bundesgebiet in der historischen Wuppertaler Stadthalle. Sie hielten dort den 20. Bundeskonferenz der Frauenbüros ab. Alte und neue Rollenbilder von Frauen und Männern wurden in zahlreichen Vorträgen und Arbeitsgruppen erneut einer kritischen Überprüfung unterzogen. Veränderungen sollen dabei aufgespürt und deren Auswirkungen auf Familien und Gesellschaft untersucht werden. Besonders spannend fanden wir GRÜNEN Frauen den Themenstrang, der sich mit der Frage beschäftigte, warum die Zahl der Frauen in Führungspositionen in der Bundesrepublik immer noch an einer Hand abgezählt werden kann. Im internationalen Vergleich gehört Deutschland inzwischen sogar zu den Schlusslichtern. Und das ist in Wuppertal nicht

anders. Dass hier noch ganz dicke Bretter gebohrt werden müssen, wurde auch auf der Eröffnungsfeier deutlich. Oberbürgermeister Jung glaubte die Expertinnen aus ganz Deutschland mit einem „Scherz“ für sich gewinnen zu können. Er begrüßte eine der ehemaligen Gleichstellungsbeauftragten mit dem Hinweis, sie seien gemeinsam zur Schule gegangen und sie sei immer besser gewesen als er. Trotzdem sei ER jetzt der Oberbürgermeister. Ob er verstanden hat, warum er dafür ausgeduldet wurde, wage ich zu bezweifeln. Mann und Frau sieht, es gibt noch ganz, ganz viel in Wuppertal zu tun, dafür wünschen wir der Gleichstellungsstelle viel Kraft, Energie und Durchhaltevermögen. Kurz: bleibt weiter zickig und kämpft gegen Vorurteile und Benachteiligungen.

KLEINER BEITRAG, GROSSE WIRKUNG

■ EINE KULTURFÖRDERABGABE FÜR WUPPERTAL

Wir GRÜNE haben in der Ratssitzung am 17.05.2010 den Antrag gestellt, in Wuppertal eine Kulturförderabgabe einzuführen. Pro Übernachtung soll eine Abgabe von 5 Prozent des Übernachtungspreises erhoben werden. Eine Kulturförderabgabe kann als örtliche Aufwandssteuer im Sinne des Artikel 105, Abs. 2a Grundgesetz erhoben werden.

Der Rat der Stadt Köln hat in seiner März-Sitzung die Einführung einer Kulturförderabgabe beschlossen. Mit dieser Abgabe wird die Übernachtung in Beherbergungsbetrieben besteuert, unabhängig davon, ob es sich um Hotel, Gasthof, Pension, Privatzimmer, Jugendherberge, Ferienwohnung, Motel, Campingplatz, Schiff oder ähnliche Einrichtungen handelt. Eine vergleichbare Abgabe wird bereits seit dem Jahr 2005 in der Stadt Weimar erhoben. Derzeit gibt es in Köln jährlich zwischen 4 und 4,3 Millionen Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben. Es werden jährliche Einnahmen in einer Größenordnung von 15 bis 20 Millionen Euro erwartet.

Angesichts der dramatischen Entwicklung der städtischen Finanzen ist es legitim, neue Einnahmequellen zu erschließen, sofern dadurch das soziale Gefüge und die Basis privatwirtschaftlichen Handelns in einer Stadt nicht beeinträchtigt werden. Insbesondere vor dem Hintergrund des

absurden Umsatzsteuergeschenks der schwarz-gelben Bundesregierung an das Hotelgewerbe ist die Kulturförderabgabe daher eine geeignete kommunale Steuer.

Die schwarz-gelbe Klientelpolitik führt nicht nur zu mehr öffentlicher Verschuldung, sie muss von den Städten infolge sinkender Steuereinnahmen bezahlt werden.

Mehreinnahmen zweckgebunden einsetzen

Die durch die Kulturförderabgabe erzielten Mehreinnahmen sollen nach unserer Auffassung zweckgebunden eingesetzt werden. Wir schlagen vor, Einnahmen aus der Kulturförderabgabe einzusetzen z. B. für kulturelle Bildung, Integration, interkulturelle Förderung, die Förderung von Kindern und Jugendlichen, die dem Zugang sozial benachteiligter Schichten zu Bildung und Kultur dienen. Der Antrag wurde in der Ratssitzung am 17. Mai zur Vorberatung in den Finanzausschuss überwiesen. Wir halten Sie weiter auf dem Laufenden.

grün[®]
Keiner wie wir.

UNHALTBARE ZUSTÄNDE IM REHSIEPEN

■ HINHALTETAKTIK DER GAGFAH



Seit etlichen Monaten nimmt die Öffentlichkeit und nehmen auch wir Kenntnis von Berichten über katastrophale bauliche Zustände in der Siedlung Rehsiepen im Ronsdorfer Süden. Ein Großteil der Wohnsiedlung befindet sich in der Verantwortung der Immobiliengruppe GAGFAH, die wiederum mehrheitlich einem amerikanischen Investmentfonds gehört. Das Hauptinteresse der genannten Firmen besteht offensichtlich darin, mit geringstmöglichem Aufwand größtmögliche Erträge zu erzielen. Dass

dies zu Lasten der notwendigen Bauunterhaltung geht, liegt nahe. So häufen sich denn auch Beschwerden von Mieterinnen und Mietern über ausbleibende bzw. nicht erfolgende Reparaturen und Sanierungen an den fraglichen Hochhäusern.

Gespräche der MieterInnen wie auch der Stadtverwaltung und des Mieterbundes waren bislang nicht übermäßig erfolgreich. Aus unserer Sicht muss es nunmehr darum gehen, unter Einbeziehung aller Beteiligten schnellstmöglich tatkräftig an der Beseitigung der

Misstände zu arbeiten. Das hinhaltende Vorgehen der Immobilienfirma ist nicht länger zu tolerieren.

Insbesondere die Stadtverwaltung ist aufgefordert, nötigenfalls unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten hier Druck auszuüben bzw. selbst tätig zu werden. Die GRÜNEN in Rat und Bezirksvertretung werden sehr genau darauf achten, ob und inwiefern nunmehr endlich die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen im Interesse der BewohnerInnen der Siedlung ergriffen werden.

BAUEN AM MIRKER HAIN

■ NEUE HÄUSER AN DER VOGELSANGSTRASSE

Am Rande des Mirker Hains zur Vogelsangstraße steht eine alte Villa harmonisch in eine Parklandschaft eingebettet, ohne dass die Spaziergänger in ihrem Gefühl für die Natur gestört werden.

Nun soll gebaut werden: 14 Hauseinheiten auf 9.960 qm Gesamtfläche. Die Verwaltung bewertet den Eingriff als „nicht erheblich“. Das sehen GRÜNE anders. Das Gebiet liegt am Rande eines Landschaftsschutz- und Naherholungsgebietes, dem „Mirker Hain“. Bei den geplanten 14 Hauseinheiten wird eine sehr dichte Bebau-



ung die Folge sein. Das Schluchttal im Osten des Gebietes ist ein Naturdenkmal, dort fließt der Vogelsangbach, ein natürliches Gewässer ohne irgendwelche Belastung. Dennoch sind nur 5 Meter Abstand zwischen Naturdenkmal und der Bebauung vorgesehen. Die GRÜNEN in der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg halten auch die Verkehrsführung der neuen Stich- bzw. Erschließungsstraße für problematisch. Angeblich wird nur eine „geringfügige Zunahme von verkehrsbedingten Schadstoffemissionen“ erwartet, und siehe da, es „liegt kein Grund für Ausgleichsmaßnahmen vor“, so die Ver-

waltung. Wir bewerten diesen Eingriff in die Natur als erheblich.

Die Parklandschaft des Mirker Hains soll in dem derzeitigen Zustand erhalten bleiben, das ist mit dieser Bebauung nicht gewährleistet. Deshalb haben wir den Antrag in der Bezirksvertretung und auch im Rat der Stadt abgelehnt.

Bauen am Stadtrand ist nach GRÜNER Auffassung der falsche Weg und führt zur weiteren Zersiedelung. Wir brauchen ein integriertes Konzept, das Flächen in der Stadt und Brachflächen entwickelt, um eine sinnvolle, lebendige und gesunde Stadtstruktur zu erhalten.

GASTKOMMENTAR: DIE KONSEQUENTE INKONSEQUENZ

■ VOM DR. HERMANN OTT, MDB BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wer sich Ziele setzt, hat meistens einen Plan, wie er sie zu erreichen gedenkt. Diesen Plan möglichst konsequent zu verfolgen ist eher hilfreich. Sicherlich muss in der Tagespolitik manchmal eine „kleine Schleife“ eingelegt werden, aber was die schwarz-gelbe Regierungsmannschaft seit Herbst 2009 unter „Führung“ von Angela Merkel abliefert, ist die organisierte Inkonsistenz.

Das 2°Grad Ziel - als vereinbarte Obergrenze für die fortschreitende Erderwärmung bis 2100, unter der die Folgen des Klimawandels noch beherrschbar scheinen - und das damit von der Bundesregierung eng verknüpfte nationale 40% Emissionsreduktionsziel sind die Spitze einer Zielpyramide, deren Verfolgung fast unmöglich, aber lebensnotwendig ist. Das sagt auch die Regierung so, aber sie hört sich nicht selbst zu.

Parallel zum Petersberger Klimadialog Anfang Mai wurde in Berlin die Sperrung der Mittel aus dem Marktanzreizprogramm (MAP) und der Fördermittel aus der nationalen Klimaschutzinitiative verkündet. Umweltminister Röttgen tobte, weil offensichtlicher das Auseinanderklaffen zwischen talk and action nicht sein könnte. Wer konsequent, ambitioniert das 40% Reduktionsziel in 2020 in Deutschland erreichen will, muss eine völlige Transformation hin zu einer Low Carbon Economy auf allen Ebenen einleiten. Dafür braucht es sowohl öffentliche wie auch vor allem private Mittel, um Investitionen im Bereich Solaran-



Foto: Privat

lagen, Biogasanlagen, energetische Gebäudesanierung, KWK Anlagen und Miniblockheizkraftwerke anzuschieben. Das MAP und die nationale Klimaschutzinitiative waren zielführende in den Regionen und Kommunen wirkende Anreizprogramme für Klimaschutz. Die Fördermittel waren Antriebsmotoren für Investitionen, die mehr Beschäftigung, mehr Wertschöpfung und vor allem mehr ökologischen Gewinn mit sich brachten. Durch sie wurden neue nachhaltige Arbeitsplätze, unternehmerische Gewinne und für die finanziell ausgebrannten Kommunen neue wichtige Steuereinnahmen geschaffen. Aber dann: das Aus! Konsequente Inkonsistenz, während die rechte Hand in Bonn der internationalen Gemeinschaft ambitionierten Klimaschutz predigte, hat die linke Hand funktionierenden Klimaschutz den Boden unter den Füßen weggerissen.

Für Regionen wie das Bergische Land, Städte wie Wuppertal, Solingen und Remscheid ist das ein weiterer Schlag

ins Gesicht. Notwendige Beschäftigungspotenziale, neue Unternehmensstrukturen, das Handwerk und auch wichtige Einnahmen in die öffentlichen Haushalte werden nicht realisiert. Privatpersonen, die Baumaßnahmen begonnen haben unter der Annahme sie würden finanziell unterstützt, werden im Regen stehen gelassen.

Unter dem Druck der Opposition, vor allem der GRÜNEN und nicht zuletzt durch ein vom ifo-Institut veröffentlichtem Gutachten, wonach die gesperrten 115 Mio. Euro des MAP 280 Mio. Euro Einnahmen für Kommunen, Länder und Bund generieren könnten, sieht alles danach aus, dass der Haushaltsausschuss am 07.07.2010 die Mittel doch noch entsperren wird. Die Fördermittel der nationalen Klimaschutzinitiative werden jedoch nicht wieder eingestellt, diese Programme sind für 2010 unwiederbringlich gestoppt. Das ist Inkonsistenz auf die Spitze getrieben und wer weiß, vielleicht hört jemand wieder nicht richtig zu.

HEBAMMEN FÜRCHTEN UM IHRE ZUKUNFT

■ ORTSTERMIN IM WUPPERTALER GEBURTSHAUS

Hebammen leisten in der Begleitung und Unterstützung von Schwangeren, Entbindenden sowie jungen Eltern und deren Neugeborenen eine unverzichtbare Arbeit. Dennoch haben sich die Rahmenbedingungen ihrer Arbeit in den vergangenen Jahren massiv verschlechtert. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass die Prämien für die Haftpflichtversicherungen seit Jahren im Gegensatz zu den Einkommen der Hebammen extrem ansteigen. Konkret heißt das: Rund 2400 Euro im Jahr müssen sie bisher an Haftpflichtprämien zahlen, ab dem 1. Juli steigen die Kosten auf etwa 3700 Euro, also nochmals über 50% zusätzlich. Durch die hohen Prämien sehen viele Hebammen ihre Arbeit gefährdet. Viele müssen aufgeben, das Geburtshaus Witten musste zwischenzeitlich bereits schließen.

Und wie sieht's aus in Wuppertal?

In Wuppertal werden in jedem Jahr gut 20% der knapp 3000 Geburten von Hebammen begleitet. Zum Tag

der Hebammen am 05. Mai haben sich auch die Wuppertaler Hebammen an den bundesweiten Protestaktionen beteiligt. Zeitgleich wurde eine Petition an den Bundestag ins Leben gerufen, um Sofortmaßnahmen für die Sicherstellung einer wohnortnahen Versorgung von Frauen mit Hebammenhilfe zu beschließen, denn die ist nicht mehr gewährleistet, wenn sich nicht bald etwas ändert.

Wir GRÜNEN setzen uns schon lange für die Anliegen von Hebammen ein, z.B. fordert die Bundestagsfraktion der GRÜNEN seit Jahren eine angemessene Bezahlung und eine Lösung für die steigenden Prämienkosten. Umso erfreulicher war die große Unterstützung für die Petition.

Nach Ablauf der Zeichnungsfrist am 17. Juni konnten in relativ kurzer Zeit über 100.000 elektronische und 80.000 schriftliche Unterschriften gesammelt werden. Bleibt zu hoffen, dass die beeindruckende Zahl an PetitionInnen auch zur Soforthilfe für die Hebammen führt.



Foto: Privat

GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE VON BEHINDERTEN

■ INKLUSIONSPLAN FÜR WUPPERTALER SCHULEN UND KITAS

Seit März 2009 ist in Deutschland die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen rechtsgültig. Die Staaten, die der Konvention beigetreten sind, verpflichten sich zur „inclusive education“. Ziel des Übereinkommens ist es, die Chancengleichheit behinderter Menschen zu fördern und ihre Diskriminierung in der Gesellschaft zu unterbinden.

Während in Deutschland noch immer von Integration gesprochen wird, geht die UN-Konvention einen Schritt weiter und verlangt die soziale Inklusion. Das heißt im vollen Umfang an der Gesellschaft teilzuhaben und dabei Autonomie und Unabhängigkeit zu wahren.

Hiermit verbunden ist eine grundlegende Neuorientierung der Schulpolitik und der sonderpädagogischen Förderung: Alle Kinder sollen individuell nach dem Stand ihrer Begabungen in einer allgemein bildenden Schule gefördert werden. In Deutschland sind neben dem Bund und den Ländern auch die Kommunen im Fokus der UN-Konvention. Als Schulträger vor Ort ist hier auch die Stadt Wuppertal in der Pflicht. Auf der Grundlage eines Bürgerantrages hat der Ausschuss für Schule und Bildung beschlossen, innerhalb von zwei Jahren einen Inklusionsplan für die Wuppertaler Schulen aufzustellen. Ziel dieses Planes soll die kontinuierliche Steigerung des Anteils von SchülerInnen mit Behinderung an



allgemeinbildenden Schulen sein. Bis zum Jahr 2015 sollen so ca. 80% der Kinder mit Behinderung gemeinsam mit nichtbehinderten Kindern die Schule besuchen. Der Rat der Stadt hat sich der Empfehlung des Schulausschusses, die Möglichkeiten der Inklusion in allen Schulformen voranzubringen, angeschlossen.

Dieses Ziel muss aber auch für alle Kindertageseinrichtungen in Wuppertal - die ersten Bildungseinrichtungen des Lebens - angestrebt werden. Denn Inklusion funktioniert nur, wenn wir frühzeitig und nicht erst in der Schule damit beginnen. Daher sollen die Möglichkeiten der Inklusion durch Schaffung behindertengerechter Räume sowie individuelle Ausstattung und Fortbildung der Erzieher und

Erzieherinnen in den Bereichen für alle Kindertageseinrichtungen schrittweise geschaffen werden.



Foto: Privat

GANZTAGSANGEBOT AUSBAUEN

■ 500 ANTRÄGE WERDEN JÄHRLICH ABGEWIESEN

Innerhalb von wenigen Jahren wurden in Wuppertal weit über 3000 Betreuungsplätze an Grundschulen geschaffen. Die für die Ganztagschulen nötigen Umbaumaßnahmen an den Schulen, wie zusätzliche Aufenthaltsräume, Küchen und Mensen stellten für das Gebäudemanagement der Stadt einen Kraftakt dar. Aber auch für die LehrerInnen an Schulen war die konzeptionelle Neuorientierung der Schulen, die durch die verstärkte Zusammenarbeit mit Vereinen und Trägern der Jugendhilfe erwuchs, eine große Herausforderung. Heute, ungefähr acht Jahre nach dem ersten Grundsatzbeschluss des Rates zur Einführung von Ganztagschulen, ist eine Erfolgsgeschichte.

Der Haken dabei: leider reichen die angebotenen Plätze bei weitem nicht aus, um die Nachfrage zu decken. 500 Anträge von Eltern auf Aufnahme ihrer Kinder können nicht berücksichtigt werden. Das ist verheerend: einerseits sollten sozial benachteiligte Kinder gefördert werden, andererseits sollten berufstätige Eltern entlastet werden. Zur Zeit erhält nur ein Viertel der Grundschulkindern einen Ganztagsplatz. Diese Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage zu schließen, muss eine der vordringlichen Aufgaben der Politik in den nächsten Jahren sein. Dabei ist es nicht förderlich, dass die Schaffung von Plätzen in der OGGs eine sogenannte freiwillige Aufgabe, d. h. eine Leistung ist, zu der die Städte nicht gesetzlich oder vertrag-

lich verpflichtet sind. Aufgrund ihrer desaströsen Haushaltssituation ist es Wuppertal untersagt, zusätzliche freiwillige Leistungen ohne Gegenfinanzierung zu erbringen. Die Stadt Köln, die schon heute eine mehr als doppelt so hohe Versorgungsquote bei den Ganztagsplätzen aufweisen kann, hat vor wenigen Wochen eine erneute Erhöhung des Angebotes um ungefähr 2000 Plätze auf eine Quote von über 60 Prozent beschlossen. Da Köln vergleichbare Finanzprobleme drücken, musste eine kreative Gegenfinanzierung her: die Fördermittel, die den Trägervereinen der Ganztagschulen pro Gruppe zur Verfügung gestellt werden, werden nun um 5 Prozent pauschal gekürzt, mit den eingesparten Mitteln kann das Angebot erweitert werden. Ob Wuppertal auch so vorgehen kann, muss mit den Trägervereinen geklärt werden, da die Qualität der Betreuung nicht gefährdet, sondern am ehesten noch weiter verbessert werden soll. So muss die Stadt zu kreativen Lösungen greifen, um zumindest eine Verbesserung der Situation zu erreichen.

Die Hoffnung aber liegt auf der Landesebene. Unter Rot-Grün wurde die erste Ausbaustufe massiv unterstützt. Nur, wenn das Land jetzt zusätzliche Mittel für bauliche Maßnahmen und die Durchführung und Weiterentwicklung des Ganztages bereitstellt, kann die derzeitige Situation im Sinne der Eltern und Kinder zufriedenstellend verbessert werden.

GOOD BYE, FUHLROTT-MUSEUM

■ EIN SCHATZ GEHT WUPPERTAL VERLOREN

Das Fuhlrott-Museum ist nun bereits seit mehr als zwei Jahren geschlossen. Wegen der Sanierung des Gebäudes an der Auer Schulstraße wurde das Museum heimat- und obdachlos. Damals hieß es, seine Wiedereröffnung sei in einigen Jahren in den Zoogaststätten geplant.

Die finanziell katastrophale Lage der Stadt Wuppertal ließ diese Pläne jedoch platzen. Trotz aller Bemühungen des Naturwissenschaftlichen Vereins, des Fördervereins, der GRÜNEN und vieler engagierter BürgerInnen wird es für das Fuhlrott-Museum voraussichtlich keine Zukunft mehr in Wuppertal geben. Darüber hinaus fehlte es ihm schon seit Jahren an einer Lobby bei der Stadtspitze.

Ende April wurde der Politik ein vorläufiger Abschlussbericht zur Ausstellung der naturwissenschaftlichen Sammlungen des Fuhlrott-Museums vorgelegt, der Auskunft darüber gab, wo die wertvollen Stücke geblieben sind. Demnach wurden sie über das

gesamte Bundesgebiet verteilt an verschiedene Museen und Institutionen ausgeliehen. So gingen beispielsweise Vogel- und Säugetierpräparate an das RuhrMuseum in Essen, Wirbeltierpräparate an das Museum für Kunst und Technik des 19. Jahrhunderts in Baden Baden und weitere Sammlungen an das Museum König in Bonn, an das Museum für Naturkunde in Gera, an Institute oder auch an die Bergische Universität.

Auf Nachfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der letzten Ratsitzung wurde bekannt, dass der Rat der Stadt Wuppertal im Jahr 2014 endgültig entscheiden soll, ob die Sammlungen zurück nach Wuppertal kommen oder ob sie in den Besitz der jetzigen Leihnehmer übergehen werden. Sollte sich bis dahin die finanzielle Situation nicht entscheidend verbessert haben und sich die Öffentlichkeit nicht für eine Rücknahme der Sammlungen aussprechen, ist wohl davon auszugehen, dass das Fuhlrott-Museum dann für immer Geschichte sein wird.



Anzeige

Wenn wuppen, dann richtig!

Regenerative Energie statt Kohle und Atomkraft



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
KREISVERBAND WUPPERTAL
WWW.GRUENE-KVWUPPERTAL.DE



GASTBEITRAG DES KREISVORSTANDES DER WUPPERTALER GRÜNEN

■ WER NICHT WAGT, DER NICHT GEWINNT

Ein super Ergebnis war das: 12,1 % für die GRÜNEN bei der Landtagswahl in NRW. Fast doppelt so viele Stimmen wie bei der letzten Landtagswahl! Dazu kam noch die Erleichterung, dass die Tage des schwarz-gelben Gruselkabinetts gezählt sind.

Allerdings war und ist klar: so einfach wird es nicht werden. Eine Minderheitsregierung fordert immer mehr Diskussions- und Kompromissbereitschaft. Aber: das nötige Ringen um wechselnde Mehrheiten fördert auch die demokratische Debattenkultur und es stärkt das Parlament. Insbesondere die skandinavischen Länder zeigen auf: eine Minderheitsregierung kann auf Jahre im Amt bleiben und sogar nach-

haltige Entwicklungen bewirken. Gab es wirklich keine Alternative zur Minderheitsregierung? Um es vorweg zu nehmen: nein. Auch wenn die SPD sich noch am Wahlabend als strahlende Siegerin präsentierte: sie errang das schlechteste Ergebnis seit 1954 in NRW. Für die Wunschkonstellation rot-grün reichten die Stimmen leider nicht. Eine große Koalition hätte den Gang in die endgültige politische Bedeutungslosigkeit der SPD bedeutet. Ein grün-rot-rotes Projekt war und ist vielleicht in Zukunft denkbar, noch aber finden die potenziellen Partner nicht so recht zueinander. Das mag an den verschiedenen Auffassungen liegen, wer denn jetzt eigentlich die Interessen von Arbeitnehmer/innen und Arbeitslosen

am besten vertritt, das mag aber vielleicht eher daran liegen, dass die LINKE in NRW - anders als in Thüringen oder Sachsen! - sich in ihrem Demokratieverständnis noch finden muss.

Dass die beleidigte FDP sich erst gegen, dann für und dann doch wieder gegen weitere „Ampel“-Verhandlungen entschied, wird wahrscheinlich noch nicht einmal mehr als historische Fußnote in die Geschichte des Parlamentarismus eingehen. Soweit also zu den Alternativen.

Jetzt haben wir die Möglichkeit, eine soziale und ökologische Neuorientierung im Land zu wagen. Die ersten Gesetzesvorhaben der rot-grünen Koalition zeigen bereits, dass einige positive Korrekturen vorgenommen wer-

den. Aber: dieser Weg wird kein leichter sein. Nicht nur, weil – wie gesagt – um jede Stimme im Parlament gerungen werden muss, sondern auch, weil viele bundespolitischen Entscheidungen der schwarz-gelben Koalition ihren Schatten nach NRW werfen. Sollte es tatsächlich dazu kommen, dass durch die Streichung der Rentenbeiträge für Langzeitarbeitslose die Kommunen diese Kosten dauerhaft selbst schultern müssen, dann werden nicht nur die Haushalte der Städte, die heute schon pleite sind, endgültig kollabieren, sondern auch diejenigen, die sich heute gerade noch über Wasser halten. Und dann hilft auch der kommunale Entschuldungsfonds der Landesregierung nicht viel weiter. Dennoch:

zunächst gilt es, sich der aufziehenden sozialen Kälte über den Bundesrat entgegenzustemmen – aber auch gegen den versuchten Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Atomenergie. Die Wende in der Energiepolitik – Weg von Öl, Kohle, Atom! – wird aber auch mit der SPD nicht so einfach werden, wie wir uns das wünschten.

Dennoch: die Schnittmenge der Gemeinsamkeiten ist groß. Wir GRÜNEN in Wuppertal haben durch unser tolles Wahlergebnis (14,28%!) auf jeden Fall Rückenwind, unsere GRÜNEN und die Menschen im Land zu bestärken, konsequent die Energiewende, die bessere Bildungspolitik und die tatsächliche Entlastung der Kommunen zu realisieren.

RATSCHRONIK MAI

Initiativkreis „Pro Wettbewerb im Strommarkt“ – Gegen längere Laufzeiten von AKWs

In diesem Antrag fordern die GRÜNEN die WSW auf, gegen die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken zu kämpfen. PolitikerInnen, VerwaltungsvertreterInnen, ver.di-VertreterInnen und WSW-BetriebsrätInnen im WSW-Aufsichtsrat werden darin aufgefordert, sich für die Ziele des Initiativkreises „Pro Wettbewerb im Strommarkt“ auszusprechen. In diesem Kreis fordern mehr als 150 Stadtwerke von der Bundesregierung, ihre Pläne zur Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke aufzugeben. Längere Laufzeiten von Kernkraftwerken bedeuten eine Wettbewerbsverzerrung und eine einseitige Bevorzugung der vier großen Stromkonzerne E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall. Gerade die lokalen Stromerzeuger, die auf Kraft-Wärmekopplung und den Ausbau der erneuerbaren Energie setzen, dürfen nicht durch die rückwärtsgewandte Energiepolitik der Bundesregierung ihrer wirtschaftlichen

Chancen beraubt werden.

Leider sahen sich CDU und SPD außerstande, den GRÜNEN Antrag im Rat zu unterstützen. Sie stellten einen Änderungsantrag, der „den Bock zum Gärtner“ macht, indem der strategische Partner der WSW, der Atomstromproduzent Gaz de France/Suez, um Stellungnahme gebeten wird. Dieser Antrag wurde beschlossen, der GRÜNE Antrag stand damit leider nicht mehr zur Abstimmung.

Kulturförderabgabe für Wuppertal

Die GRÜNEN wollen eine Abgabe von 5 Prozent des Übernachtungspreises in Wuppertaler Hotels erheben. Insbesondere vor dem Hintergrund des absurden Umsatzsteuergeschenks der schwarz-gelben Bundesregierung an das Hotelgewerbe und den maroden städtischen Finanzen ist die Kulturförderabgabe eine geeignete kommunale Steuer. Die Mehreinnahmen sollen zweckgebunden für Aufgaben wie kulturelle Bildung und die Förderung von



benachteiligten Kindern und Jugendlichen eingesetzt werden. Der Rat der Stadt überwies den Antrag zur Vorbereitung in den Ausschuss für Finanzen und Besteuerung, er wird im nächsten Rat am 12. Juli, wo auch der städtische Haushalt 2010/11 auf der Tagesordnung steht, beraten.

Gebühren und Unterbringung von Flüchtlingen, AussiedlerInnen und Obdachlosen

Bei der Abstimmung dieser Verwaltungsvorlage haben sich die GRÜNEN im Rat enthalten. Im Sozialausschuss wurde leider der GRÜNE Antrag auf getrennte Abstimmung abgelehnt. Die Gebührensatzung in der Vorlage ist nach Auffassung der GRÜNEN in Ordnung, die Organisationsänderung aber sehr kritisch einzuschätzen. Die Verwaltung schafft darin die Voraussetzungen, Flüchtlinge, AussiedlerInnen und Obdachlose unter einem Dach unterzubringen.

Dieses Verfahren finden die GRÜNEN aufgrund der unterschiedlichen Problemlagen, unterschiedlichen Hilfebedarfen und unterschiedlichen Kulturen der Menschen höchst brisant.

Für eine solche Maßnahme hätten sich die GRÜNEN dringend gewünscht, dass die Verwaltung die zuständigen

Fachgremien im Vorfeld einbezieht, auch das wurde versäumt.

Sammelwidersprüche gegen Google Street View

Die Stadtverordneten von CDU und SPD konnten sich trotz eindringlicher Aufforderung nicht dazu durchringen, einem Antrag der FDP zuzustimmen, der die Auslegung von Listen für Sammelwidersprüche in allen städtischen Gebäuden zum Inhalt hatte. Immerhin ist es jedoch gelungen, dass man sich nicht ganz quer stellte, sondern das Thema jetzt erst einmal im Hauptausschuss diskutiert wird. Wer nicht warten möchte, bis die Stadt sich vielleicht doch noch zum Handeln durchringt, kann bereits jetzt schon formlos bei Google Widerspruch einlegen. Einen Musterwiderspruch finden Sie unter http://www.wuppertal.de/vv/produkte/000/Google_Streetview_Widerspruch.php

„Engineering Park Wuppertal“

Früher gab es hoch fliegende Pläne über die Ansiedlung von hochwertigen Unternehmen, mangels Alternativen wird jetzt eine Spedition die Fläche nutzen. Nur sollte es dann nicht mehr als Engineering Park, sondern schlicht als klassisches Gewerbegebiet bezeichnet

werden. Darüber hinaus wird das Logistik-Unternehmen mit einigen hundert An- und Abfahrten am Tag zu einer erheblichen zusätzlichen Belastung auf der L419 und damit zu weiteren Staus führen. Bei der Abstimmung im Rat über den Satzungsbeschluss enthielten sich die GRÜNEN deshalb der Stimme.

Start für den Döppersberg-Umbau

Auf die Plätze, fertig, los: in der Ratssitzung am 17.05. hat der Rat den Durchführungsbeschluss für die Neugestaltung des Döppersberg gegeben. Im nächsten Jahr sollen die großen Bauarbeiten beginnen.

Für die Zustimmung der GRÜNEN sind bei der Planung Aspekte der Stadtentwicklung und des öffentlichen Nahverkehrs ausschlaggebend.

Der Umbau des Döppersbergs zu einem Verkehrsknotenpunkt wird den Bedürfnissen aller VerkehrsteilnehmerInnen gerecht. Die Verlegung des Busbahnhofs an den Hauptbahnhof ist eine Verbesserung für alle NutzerInnen des öffentlichen Nahverkehrs und entlastet gleichzeitig die B 7. Der Bahnhofsvorplatz soll so endlich zu einem lebendigen Stadtplatz werden. Die GRÜNE Ratsfraktion stimmte dem Durchführungsbeschluss sehr gerne zu.



Foto: Privat

Anlässlich der 850-Jahrfeier hatte Schwerin alle Partnerstädte zu einer internationalen Jugendbegegnung eingeladen. 50 Jugendliche aus Reggio Emilia (Italien), Växjö (Schweden), Pila (Polen), Wuppertal und Schwerin haben vom 3. - 6. Juni in verschiedenen Workshops zusammengearbeitet. Außerdem haben die Jugendlichen einen eigenen Festwagen für den Festumzug gestaltet, das Europacafé eröffnet und eine gemeinsame Initiative zum Start eines internationalen Netzwerkes für Jugendliche der Partnerstädte gestartet.

IMPRESSUM

Herausgeberin:

Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal

Tel. 0202. 563. 6204 Fax: 0202. 59 64 88

E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de

Internet: www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.), Anja Liebert, Sylvia Meyer, Bettina Brücher (Redaktion), Lorenz Bahr, Michael Hohagen, Cornelia Krieger, Klaus Lüdemann, Gabriele Mahner, Paul Yves Ramette, Ilona Schäfer, Marc Schulz, Gerta Siller

Gastbeiträge und Kommentare:

Heiner Mokroß, Förderverein Mirke e.V.

Kreisvorstand Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Wuppertal

Dr. Hermann Ott MdB,

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Alle Fotos, soweit nicht anders

gekennzeichnet: Jörg Lange

Satz, Gestaltung und Druck:

talwild gmbh, Herderstraße 1,

42327 Wuppertal

Auflage: 33.000

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA,

Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V., Friedrich-

Ebert-Str. 109-111; AStA, Berg. Universität;

Behindert - na und? e.V., Friedrich-Ebert-

Straße 109-111; Café Moritz, Höhe 22;

Cinema, Berliner Straße; Die Färberei, Stennert

8; Forum Maximum im Rex, Kipdorf 29; Katzen-

gold, Untergrünwaldstraße 3; Nachbarschafts-

heim, Platz der Republik; Spunk, Flensburger

Straße 38; Die Abgabe ist kostenlos!

ENERGIESPARTIPP DES MONATS:

■ KOCHEN - DAS KLEINE 1 X 1 DER TÖPFE



Foto: by-sass, Pixelio

Wasser wie möglich zum Kochen. Am besten kann der Wasserdampf zum Garen genutzt werden: zwei Zentimeter Wasser reichen dafür aus.

Für große Kochmengen ab zwei Kilogramm und Speisen mit langer Gardauer lohnt sich der Schnellkochtopf, damit können Sie 50 Prozent an Zeit und Energie einsparen.

Weitere Infos:

Verbraucherzentrale NRW,
Beratungsstelle Wuppertal,
Schloßbleiche 20,
Tel.: 0202/447732

Energie können Sie sparen, wenn Sie für jede Portion die passende, kleinstmögliche Topfgröße verwenden. Der Boden des Topfes sollte exakt auf die Herdplatte passen, weil sofort Energie verschwendet wird, wenn er etwas kleiner ist. Benutzen Sie auch so wenig

grün^W
Keiner wie wir.



Fahrrad selber kaufen

ABO
geschenkt

■ Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig lesen möchten, Coupon ausfüllen und an die GRÜNE Ratsfraktion, Rathaus, 42269 Wuppertal schicken oder eine mail an fraktion@gruene-wuppertal.de senden.

Name

Anschrift

Ich bin als Abonnentin oder Abonnent der Zeitung „DIESE GRÜNEN!“ damit einverstanden, dass bei der Änderung die neue Anschrift durch die Post AG an den Verleger der Zeitung weitergeleitet wird.